



Unterausschuß "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses

10. Sitzung (nicht öffentlich)
4. März 1996
Düsseldorf - Haus des Landtags
10.20 Uhr bis 12.00 Uhr

Vorsitz: Peter Bensmann (CDU)
Stenograph/in: Franz-Josef Eilting, Heike Niemeyer

Verhandlungspunkt:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/400 und 12/690

- Personalrelevante Vorschriften des Haushaltsgesetzes
- Stellenpläne und Personalansätze aus allen Einzelplänen

Der Unterausschuß entscheidet über die der Beschlußvorlage des Gutachterdienstes zu entnehmenden und in der Sitzung zusätzlich formulierten Anträge zum Personalhaushalt.

Der Text der Anträge, die Antragsbegründungen und die Abstimmungsergebnisse sind der an den Haushalts- und Finanzausschuß gerichteten Vorlage 12/400, die der Drucksache 12/800 beigeheftet ist, zu entnehmen.

Im Diskussionsteil dieses Protokolls sind nur darüber hinausgehende Wortmeldungen wiedergegeben.

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/400 und 12/690

- Personalrelevante Vorschriften des Haushaltsgesetzes
- Stellenpläne und Personalansätze aus allen Einzelplänen

Vorsitzender Peter Bensmann bittet vorab um Verständnis, daß die Beschlußvorlage des Gutachterdienstes erst heute morgen habe verteilt werden können. Der Beginn der Sitzung sei um eine Viertelstunde verschoben worden, um Gelegenheit zum Lesen der Vorlage zu geben.

Der **Unterausschuß** entscheidet sodann über die vorliegenden Anträge zum Personalhaushalt.

Der Text der Anträge, die Antragsbegründungen und die Abstimmungsergebnisse sind der an den Haushalts- und Finanzausschuß gerichteten Vorlage 12/400, die der Drucksache 12/800 beigeheftet ist, zu entnehmen.

In diesem Protokoll sind nur die Beratungsgegenstände aufgeführt, zu denen sich darüber hinausgehende Wortmeldungen ergeben.

Einzelplanübergreifend

Zu lfd. Nr. Allg/01:

Antrag SPD/GRÜNE auf Ausbringung von 219 bzw. 214 kw-Vermerken zum 31.12.1996 in allen Einzelplänen

Ministerialrat König (MSW) gibt den Hinweis, daß mit dem Antrag unter anderem auch vorgeschlagen werde, in Kap. 05 020 fünf kw-Vermerke auszubringen. Im Fachausschuß für Schule und Weiterbildung sei über diese Thematik bereits diskutiert und beschlossen worden, keine kw-Vermerke auszubringen, sondern diese fünf Stellen sogleich abzusetzen. Der entsprechende Antrag des Fachausschusses - lfd. Nr. 05/04 der Beschlußvorlage (s. Antrag lfd. Nr. 05/05 der Vorlage 12/400) - sehe dies vor.

Ernst-Martin Walsken (SPD) bestätigt, daß beide Anträge sich überlappten. Die antragstellenden Fraktionen hätten nicht gewußt, daß der Fachausschuß für den Bereich 05 dies schon berücksichtigen würde. Deshalb könne die betreffende Zeile in dem Antrag Allg/01 gestrichen werden; die Gesamtzahl der auszubringenden kw-Vermerke reduziere sich dann von 219 auf 214.

Auf Frage von **Helmut Diegel (CDU)**, um welche kw-Vermerke es sich im einzelnen handle, erläutert **Ernst-Martin Walsken (SPD)**, mit diesem Haushalt würden eine Reihe von Stellen eingerichtet. Da man an dem Prinzip festhalten wolle, neue Stellen nur gegen Deckung einzurichten, hätten sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt, sofort zu vollziehende kw-Vermerke auszubringen. Dabei bestehe allerdings die Schwierigkeit, die Wertigkeit der Stellen nicht ohne weiteres gegenrechnen zu können. Den Ministerien wolle man nicht vorschreiben, daß sie etwa A-15- oder A-16-Stellen absetzen sollten, sondern man gestehe ihnen zu, über die Wertigkeit selbst zu entscheiden.

Vorsitzender Peter Bensmann fragt nach, ob er dies so verstehen dürfe, daß anschließend überprüft werden solle, ob die haushaltmäßige Deckung, was die Kosten angehe, mit den zur Absetzung angebotenen Stellen auch erreicht werde. - Dies werde am Ende des Rechnungsjahres geschehen, antwortet **Ernst-Martin Walsken (SPD)**.

Volkmar Klein (CDU) bittet darzulegen, nach welchen Kriterien die kw-Stellen auf die einzelnen Haushaltskapitel verteilt würden.

Nach Angaben von **Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE)** geht es um folgende Zuwächse: Zum einen sollten 139 kw-Vermerke im Schul- und Hochschulbereich nicht, wie vorgesehen, Ende 1996 bzw. Ende 1997 vollzogen, sondern bis zum Jahre 2000 verlängert werden. Des weiteren würden für die Integration von behinderten Schülerinnen und Schülern 50 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen und an den Schulen der Sekundarstufe I eingerichtet. Schließlich sei die Ausbringung von 30 Professorenstellen der Besoldungsgruppen C2 und C3 vorgesehen.

Die Verteilung der zur Deckung auszubringenden kw-Vermerke auf die anderen Einzelpläne sei nicht allein nach dem vorhandenen Stellenbestand, sondern auch mit Blick auf die Möglichkeiten, die die Ressorts hätten, vorgenommen worden. Dann hätten sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt, daß auch die Einzelpläne 05 und 06 nicht ungeschoren davonkommen sollten; sie sollten vielmehr 10 % der Stellen, die sie zusätzlich erhielten, in anderen Bereichen selbst erwirtschaften. Das ergebe fünf Stellenabsetzungen im Einzelplan 05 und sieben Absetzungen im Einzelplan 06.

Volkmar Klein (CDU) fragt daraufhin, ob es realistisch sei, etwa im Kapitel 10 020 zum Ende des Jahres neun Stellen wegfallen zu lassen. - **Regierungsdirektor Horn (MURL)** bemerkt, da im Einzelplan 10 insgesamt 142 Stellen für Agrarreferendare und Referendare für Landschaftspflege ausgebracht seien, müßte es möglich sein, hieraus zum Jahresende neun kw-Vermerke zu realisieren.

Regierungsdirektor Brommund (FM) versteht den Antrag so, daß die kw-Vermerke zwar im zentralen Kapitel 020 des jeweiligen Einzelplans ausgebracht, aber im Laufe des Jahres auf die anderen Kapitel, in denen die Stellen etatisiert seien, verteilt würden. - Dies bestätigt **Ernst-Martin Walsken (SPD)**.

Einzelplan 03 - Innenministerium

Landesbeauftragter für den Datenschutz

Vor der Schlußabstimmung über den Entwurf des Einzelplans 03 macht **Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE)** darauf aufmerksam, daß die Koalitionsfraktionen vereinbart hätten, zugunsten des Datenschutzbeauftragten drei Stellen - zwei des höheren und eine des gehobenen Dienstes - durch Umschichtung aus dem Einzelplan 03 zu erwirtschaften.

Nach dem Hinweis des **Vorsitzenden Peter Bensmann**, daß die Angabe der Wertigkeit der Stellen Voraussetzung für eine Antragstellung sei, schlägt **Ernst-Martin Walsken (SPD)** vor, die Beschlußfassung zurückzustellen. Er bittet das Innenministerium, bis zur dritten Lesung - falls es bis Donnerstag möglich sei, auch schon zur zweiten Lesung im HFA -, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie für diese zusätzlichen Stellen für den Datenschutzbeauftragten eine Deckung aus dem Einzelplan 03 erwirtschaftet werden könne.

Einzelplan 04 - Justizministerium

Zu lfd. Nrn. 04/01 bis 04/04

Auf die Frage, ob die vom Justizministerium erbetenen Berichte jeweils "zu den Haushaltsberatungen" - wie vom Gutachterdienst vorgeschlagen - oder "vor der Sommerpause" erstattet werden sollten, bemerkt **LMR Wehrens (JM)**, er würde es begrüßen, wenn der Vorschlag des **Vorsitzenden** aufgegriffen würde, jeweils "vor der Sommerpause" zu berichten. - **Vorsitzender Peter Bensmann** formuliert die Anträge entsprechend.

Zur lfd. Nr. 04/04 fragt **Winfried Schittges (CDU)**, was unter "Rotstundenoptimierung" zu verstehen sei. - Nach Angaben des **LMR Wehrens (JM)** handelt es sich um Stunden, die im Zusammenhang mit Mehrarbeit und Schichtdienst anfielen, das Konto des jeweiligen Beamten oder Angestellten zusätzlich belasteten und farblich rot kenntlich gemacht würden.

Zu lfd. Nr. 04/06:

Antrag der CDU zu Kap. 04 050 Tit. 422 10

Vorsitzender Peter Bensmann macht darauf aufmerksam, daß der Fachausschuß den Unterausschuß "Personal" gebeten habe zu prüfen, inwieweit die von der CDU-Fraktion beantragte Hebung bzw. Überleitung von Stellen im Haushaltjahr 1996 noch möglich sei. Der Unterausschuß habe daraufhin einen gemeinsamen Antrag erarbeitet, der dem Votum des Fachausschusses entspreche. Er bitte die CDU-Fraktion zu überlegen, ob der Antrag 04/06 zurückgezogen werden könne.

Helmut Diegel (CDU) bittet, über den Antrag abstimmen zu lassen, da er in Teilen weitergehe als der Antrag 04/07. Das heiße nicht, daß das für seine Fraktion ablehnende Konsequenzen bezüglich des Antrags 04/07 habe.

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Zu lfd. Nr. 06/02:

Antrag SPD/GRÜNE/Fachausschuß zu Kap. 06 020

Ernst-Martin Walsken (SPD) bittet, den mit diesem Antrag (*s. lfd. Nr. 06/01 der Beschlussvorlage*) vorgesehenen neuen Haushaltsvermerk Nr. 3 um einen qualifizierten Sperrvermerk zugunsten des Haushalts- und Finanzausschusses zu ergänzen und damit sicherzustellen, daß die Maßnahmen zur Förderung der Frauen im Hochschulbereich von der Konzeption her auch mit dem Haushalts- und Finanzausschuß abgestimmt werden könnten.

Zu lfd. Nr. 06/03:

Antrag SPD/GRÜNE/Fachausschuß zu Kap. 06 040 Titelgruppe 71

Auf entsprechende Fragen mehrerer Mitglieder der **CDU-Fraktion** erläutert **Ernst-Martin Walsken (SPD)**, es handele sich nicht um Planstellen, sondern um Personalkostenzuschüsse, die projektbezogen für junge Wissenschaftler zur Verfügung stünden. Diesen Wissenschaftlern solle die Chance gegeben werden, durch Bindung an das Land eigene innovative Projekte zu entwickeln, um anschließend wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen zu können.

Die Betroffenen seien an den Universitäten tätig. Das Land sei für eine Übergangszeit von ein oder zwei Jahren Arbeitgeber, und dann solle sukzessive der Übergang in eine selbständige Tätigkeit vollzogen werden. Das Programm sei im Fachausschuß beraten worden, der auch die Modalitäten der Mittelvergabe festlegen werde.

Die Deckung geschehe im Rahmen der Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Gesamtdeckung der Anträge von SPD und GRÜNEN.

Helmut Diegel (CDU) weist darauf hin, daß es sich beim Titel 429 71 um "Personalausgaben" und nicht um Personalkostenzuschüsse handele. - Die CDU-Fraktion sei bereit, dem Antrag zuzustimmen, wenn erklärt werden könne, um welche Deckung es sich handele.

In welchen Fachbereichen die jungen Wissenschaftler tätig werden sollten, möchte **Winfried Schittges (CDU)** weiter wissen.

Ernst-Martin Walsken (SPD) präzisiert, die Bezeichnung "Personalausgaben" sei richtig, weil diese jungen Menschen zunächst vom Land einen Vertrag bekämen. Dieser sei so ausgestaltet, daß die jungen Wissenschaftler keine volle Stelle, sondern nur ein gewisses Gehalt für Tätigkeiten erhielten, die sie im Auftrag des Landes erledigten. Dabei werde davon ausgegangen, daß sie die Möglichkeit hätten, sich aus den wissenschaftlichen Ergebnissen ihrer für das Land geleisteten Arbeit sukzessive eine eigene Basis zu erarbeiten. Es sei also eine Art Übergangsfinanzierung, bis die jungen Menschen in die Selbständigkeit entlassen werden könnten.

Bei diesem Ansatz sei in erster Linie an Personen aus dem Bereich der Naturwissenschaften - Physiker, Chemiker, Ingenieure - gedacht. Es gehe entsprechend dem Grundgedanken des Innovationsprogramms Forschung um praxis- bzw. industrieorientierte Anwendungen.

Wenn das Land Arbeitgeber sei, fragt sich **Volkmar Klein (CDU)**, ob nicht auch Stellen ausgewiesen werden müßten. - Das sei nicht notwendig, entgegnet **Ernst-Martin Walsken (SPD)**. Eine Stellenbindung mit der sich daraus ergebenden rechtlichen Beziehung sei nicht gewollt. Vielmehr solle eine lockere Bindung an das Land im Rahmen von Dienstleistungs- oder Werkverträgen erfolgen, die mehr Flexibilität ermögliche.

Zur Deckung stellt der Redner fest, wenn im Haushalts- und Finanzausschuß über den Haushaltsentwurf entschieden werde, würden die Koalitionsfraktionen ihre Vorstellungen über die Gesamtdeckung der rund 200 Millionen DM Mehrausgaben bekanntgeben.

Angesichts der Tatsache, daß die Deckung nicht erklärt werden könne, bittet **Helmut Diegel (CDU)** um Verständnis, daß seine Fraktion sich trotz positiver innerer Haltung heute der Stimme enthalte.

Winfried Schittges (CDU) hält die Idee eines solchen Programms für zeitgemäß. Weil das aber auch ein Faß ohne Boden sein könne, hätte er zu den nächsten Haushaltsberatungen oder spätestens nach Ablauf eines Jahres gerne gewußt, wie die Mittel verwandt worden seien und was sich daraus entwickelt habe. - **Ernst-Martin Walsken (SPD)** wendet ein, ein Bericht zu den nächsten Haushaltsberatungen sei nicht leistbar. Das Programm werde erst Mitte 1996 wirksam; die Gestaltungsmodalitäten müsse der Fachausschuß noch festlegen, und daran könne auch die Opposition mitwirken. Ein Bericht sollte gegeben werden, wenn die ersten Erfahrungen vorlägen.

Zu lfd. Nr. 06/05:

Antrag SPD/GRÜNE/Fachausschuß zu Kap. 06 110 Tit. 425 10

Ernst-Martin Walsken (SPD) bittet auch hier, den beantragten Haushaltsvermerk um einen qualifizierten Sperrvermerk zugunsten des Haushalts- und Finanzausschusses zu ergänzen.

Private Universität Witten/Herdecke

Vorsitzender Peter Bensmann weist darauf hin, daß das Ministerium für Wissenschaft und Forschung die in der letzten Unterausschußsitzung aufgeworfenen Fragen (s. APr 12/191, S. 10 f.) mit Schreiben vom 4. März 1996 beantwortet habe. - Auf Bitte von **Helmut Diegel (CDU)** trägt **LMR Mattonet (MWF)** den wesentlichen Inhalt der soeben verteilten Tischvorlage vor.

Helmut Diegel (CDU) bedankt sich für die prompte Antwort und fragt nach, ob ein solcher Zuschuß wie dieser an die private Universität Witten/Herdecke, wenn es sich um eine institutionelle Förderung handele, nicht in den Erläuterungen zum Haushaltsplan ausgewiesen werden müsse.

LMR Mattonet (MWF) bejaht dies grundsätzlich. Es handele sich hier jedoch um eine "Förderung sui generis", die eine gewisse Abweichung von den Verwaltungsvorschriften zu den Paragraphen 23, 44 der Landeshaushaltsordnung beinhalte. Deshalb sei auf der rechten Seite des Haushaltsplanentwurfs kein Wirtschaftsplan ausgewiesen.

Helmut Diegel (CDU) äußert den Wunsch, das demnächst trotzdem in den Erläuterungen auszuweisen. - **LMR Mattonet (MWF)** sagt dies zu.

Fernuniversität Hagen

Helmut Diegel (CDU) erinnert an den in der letzten Sitzung erbetenen Bericht zur Finanzierung der Beschäftigungsverhältnisse bei der Fernuniversität Hagen (s. APr 12/191, S. 11 f.).

Der Brief des Rektors der Fernuniversität werde am heutigen Tage beantwortet, teilt **LMR Mattonet (MWF)** mit. Seinem Vorschlag, den Entwurf des Antwortschreibens dem Fragesteller vorab auszuhändigen und zugleich zu Protokoll zu geben, stimmt der **Unterausschuß** zu. *(Das Schreiben ist als Anlage zu diesem Protokoll wiedergegeben.)*

Zu lfd. Nr. 06/14:

Antrag der SPD zu Kap. 06 840 Tit. 429 21

Ernst-Martin Walsken (SPD) beantragt die Hebung einer Stelle der Vergütungsgruppe IIa nach Vergütungsgruppe Ib BAT zugunsten des Pressesprechers der Fachhochschule Gelsenkirchen. Es gehe um Gleichbehandlung, denn vergleichbare Fachhochschulen hätten bereits einen entsprechend dotierten Pressesprecher.

Die Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann**, ob demnächst weitere Anträge auf Hebung entsprechender Stellen folgten, verneint **Ernst-Martin Walsken (SPD)**.

Volkmar Klein (CDU) macht deutlich, wenn es unterschiedliche Bezahlungen für die Pressesprecher der Fachhochschulen gebe, müsse vermieden werden, daß nach dem Zufallsprinzip einer ein Bonbon gewährt bekomme. Der **Unterausschuß** sollte, wenn er sich schon damit beschäftige, sicherstellen, daß alle gleich behandelt würden.

Ernst-Martin Walsken (SPD) stimmt diesem Anliegen zu. Gleichwohl bitte er, über seinen Antrag heute abzustimmen. Er schlage vor, das Ministerium zu ersuchen, zur dritten Lesung des Haushaltsentwurfs mitzuteilen, wie sich die Eingruppierung von Pressesprechern der Fachhochschulen gestalte. - Diesem vom **Vorsitzenden Peter Bensmann** bekräftigten Wunsch nachzukommen, sagt **LMR Mattonet (MWF)** zu.

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Zu lfd. Nrn. 07/04 und 07/05

Die einstimmig angeforderten Berichte sollen vor der Sommerpause vorliegen.

Referat für gleichgeschlechtliche Lebensformen

Jens Petring (GRÜNE) bringt für die Koalitionsfraktionen als weiteren den mit dem Minister, so Herr Petring, vorbesprochenen Antrag auf Schaffung von vier zusätzlichen Stellen - 1 x A 16, 2 x A 13, 1 x A 11 - im MAGS zur Ausstattung des Schwulen- und Lesbenreferates ein, verbunden mit der Aufforderung an das Ministerium, bis zur abschließenden Lesung des Haushalts einen Deckungsvorschlag aus den Ressourcen des Ressorts zu entwickeln.

Ernst-Martin Walsken (SPD) macht darauf aufmerksam, daß die Einrichtung eines neuen Referates, werde die Deckung aus demselben Hause erbracht, in die ausschließliche Zuständigkeit des betreffenden Ministers falle. Das Parlament müsse nur tätig werden, falls die Deckung aus einem anderen Einzelplan erfolgen solle.

MDgt Schorn (MAGS) sieht keine Deckungsmöglichkeit im eigenen Ressort, was **Ernst-Martin Walsken (SPD)** überrascht, der auf die kommende Organisationsuntersuchung verweist.

Helmut Diegel (CDU) kritisiert allgemein den Umgang der Regierungsfractionen mit den Ministerien: SPD und GRÜNE umgingen die Gewaltenteilung, indem sie nicht mehr selbst Anträge, und zwar mit Deckung, zum Haushalt unterbreiteten, sondern lediglich noch Begehren formulierten, die Erarbeitung eines für die Vollständigkeit eines Antrages notwendigen Deckungsvorschlages aber den einzelnen Ministerien überließen. Wenn dies Praxis werden solle, könnte sich auch die Opposition dieser Methode bedienen.

Ernst-Martin Walsken (SPD) betont noch einmal die Zuständigkeit des Ministers, im Rahmen seiner Organisationshoheit ohne Mitwirkung des Parlaments ein neues Referat einrichten zu können. Allerdings müsse der Minister, wenn er selbst erkläre, eine zusätzliche Aufgabe übernehmen zu wollen, dies ohne die Zurverfügungstellung neuer Stellen, sondern aus seinem eigenen Stellenbestand leisten, was das Ministerium auch zugesagt habe.

Volkmar Klein (CDU) schlußfolgert aus der Einlassung seines Vorredners, daß das Parlament mit der Frage "Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferates" also offenbar nicht mehr konfrontiert werden würde.

Haushaltsgesetz

HG/01

Auf Wunsch des **Vorsitzenden** bestätigt **LMR Wehrens (JM)**, daß die gewählte neue Bezeichnung wirklich nur das Gewollte umfasse und keinen Spielraum für eine extensive Interpretation biete.

Zum Abschluß der Beratungen bittet der **Vorsitzende** das Justizministerium um Erläuterungen zu ihm, **Bensmann**, zugegangenen Unterlagen, nach denen eventuell eine Anweisung des Ministeriums existiere, kw-Stellen im Bereich des Einzelplans 04 auszuweisen und auf Einstellungen zu verzichten.

Dazu führt **LMR Wehrens (JM)** folgendes aus:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die tabellarische Übersicht, die Sie, Herr **Bensmann**, mir zur Verfügung gestellt haben, hat der Präsident des Justizvollzugsamtes in Hamm aus Anlaß einer Anstaltsleiterbesprechung, die am 29. November des vergangenen Jahres stattgefunden hat, fertigen lassen. Sie diene dem Zweck, im Wege der vorausschauenden Personalplanung zu reflektieren, was in Umsetzung des **Kienbaum-Gutachtens** an Stellenabbauquote zu erwarten ist, und zwar bei den einzelnen Vollzugsanstalten. Ferner diene sie dem Zweck festzustellen, wie viele Arbeitsplätze nach Abbauquote erhalten bleiben werden, um so ermitteln zu können, wie viele Plätze mit EDV ausgestattet werden müssen - eine Empfehlung des **Kienbaum-Gutachtens** geht dahin, sämtliche Aufgabengebiete im Rahmen des PC-Netzes bei den Vollzugsanstalten auszustatten.

Weder der Präsident des Vollzugsamtes noch gar das Ministerium haben diese konzeptionelle Vorbereitung hinsichtlich des **Kienbaum-Gutachtens** zum Anlaß genommen, den Anstaltsleitern irgendwelche Vorgaben oder gar Weisungen im Hinblick auf abzubauen Stellen zu erteilen. Im Gegenteil: Dem Protokoll über die Dienstbesprechung des Präsidenten des Vollzugsamtes Hamm mit den Anstaltsleitern ist zu entnehmen, daß diese konzeptionelle Vorbereitung in Form der tabellarischen Übersicht keinerlei Verbindlichkeit habe und zunächst abgewartet werden müsse, welche Ergebnisse sich in Umsetzung des **Kienbaum-Gutachtens** abzeichneten. - Sie wissen, daß die

Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens bezüglich des Strafvollzuges bisher noch nicht erfolgt ist, so daß die fehlende Verbindlichkeit dessen, was an vorbereitenden Papieren bisher gefertigt wurde, fortbesteht.

gez. Bensmann

Vorsitzender

Anlage

18.04.1996/26.04.1996

240

MWF
Entwurf

I.
An den
Rektor der
Fernuniversität - Gesamthochschule
in Hagen
Herrn Universitätsprofessor
Dr. Günter Fandel

1. März 1996

58084 Hagen

Betr.: Hochschulsonderprogramm I- und Hochschülerneuerungsprogramm-Mittel für den erweiterten modellhaften Einsatz von Fernstudieneinheiten im Präsenzstudium;
hier: Weiterfinanzierung vorhandener Beschäftigungsverhältnisse nach Auslaufen der Bundesfinanzierung Ende 1995

Bezug: Mein Schreiben vom 13.2.1996
Ihr Schreiben vom 23.2.1996

Sehr geehrter Herr Rektor,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben. Zunächst freue ich mich, daß die Hochschule dem von mir skizzierten Kompromißvorschlag - Finanzierung von insgesamt 20 Beschäftigungsverhältnissen im zweiten Halbjahr 1996 - nähergetreten ist. Wegen der Höhe des Finanzierungsbedarfs biete ich Ihnen ein offenes Gespräch im Ministerium mit dem Ziel an, die konkreten Beschäftigungsverhältnisse mit den daraus resultierenden Lohnkosten zu spezifizieren.

In Bezug auf das weitere von Ihnen beschäftigte Personal rege ich gleichwohl die Nutzung wechselnder Vakanzen in Ihrem Personalhaushalt an. Dabei gilt es auch zu überlegen, zumindest das bislang aus HSP I- und HEP-Mitteln finanzierte Verwaltungspersonal dauerhaft auf Stellen der Hochschule abzusichern. Im übrigen bin ich unter diesen Voraussetzungen der Auffassung, daß eine Kündigung von Beschäftigungsverhältnissen, jedenfalls in diesem Haushaltsjahr, nicht in Betracht kommt. Dabei bitte ich auch, der Ehrlichkeit halber, die Nichtverlänge-

- 2 -

zung befristet eingegangener Beschäftigungsverhältnisse wissenschaftlicher Mitarbeiter, die auslaufen, der Öffentlichkeit gegenüber nicht als Kündigung auszugeben.

Wegen der Dotierung der Beschäftigungsverhältnisse im Haushaltsjahr 1997 sowie ggf. erst dann zu lösender akuter Personalprobleme darf ich Ihnen bereits jetzt schon Gesprächsbereitschaft des Ministeriums signalisieren.

Ich glaube, daß wir damit zwischen Land und Hochschule eine vernünftige Basis gefunden haben, die eine Weiterbeschäftigung des Personals ermöglicht. Damit können die bislang von der Fernuniversität wahrgenommenen Aufgaben auch künftig uneingeschränkt fortgeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Küchenhoff)